



Zur Berichterstattung der SZ vom heutigen Tag, dass nach dem Klimaschutzkonzept Landesbeschäftigte mehr ÖPNV/Fahrrad nutzen sollen

Mit Erstaunen und Verwunderung haben wir die heutige Berichterstattung zum Thema zur Kenntnis genommen. Bis dato war dies weder mit Interessenvertretungen oder Gewerkschaften kommuniziert.

Als dbb verschließen wir uns grundsätzlich guten Ideen, die im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen sind, nicht. Daher haben wir uns auch schon in der Vergangenheit sehr für die Einführung und den Ausbau des sog. Jobtickets sowie für die Einführung des Job-Rads im Saarland stark gemacht. Gerade mit diesen Maßnahmen wurde aus unserer Sicht ein guter Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Die nun verkündeten Pläne irritieren jedoch etwas. Man hat den Eindruck, dass die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst reisen können, wie sie möchten. Dies ist natürlich nicht so. Jede Dienstreise wird im Vorfeld geprüft und man verlangt im Zweifel (zum Beispiel bei der Nutzung von Flügen) eine extra Begründung.

Die Nutzung von Flügen hat in der Regel damit zu tun, dass zusätzliche Kosten für Übernachtungen und längere Abwesenheiten vom eigentlichen Dienort vermieden werden können. Somit stehen die Kolleginnen und Kollegen regelmäßig wieder schneller vor Ort zu Verfügung.

Wer mit der Bahn beispielsweise nach Berlin reisen möchte, muss in aller erster Linie mal Geduld haben. Sofern die Züge pünktlich sind und alles reibungslos läuft, dauert es i.d.R. gut 7 Stunden bis man dort ist. Eine Abreise am gleichen Tag ergibt dann wenig Sinn und ist auch aus fürsorgerechtlchen Gründen oftmals nicht geboten.

Die Idee über eine geänderte Parkraumbewirtschaftung für Landesbeschäftigte (höhere Parkgebühren für die Kollegen) diese dann auf Bus, Bahn oder Fahrrad zu verweisen, halten wir für äußerst unglücklich.

Gerade aktuell bedingt die Energiekrise doch, dass bekannterweise die Kosten für das Tanken deutlich erhöht sind und alle Menschen im Land stark belasten. Da überlegt sich jeder (auch die Landesbeschäftigten), ob es günstigere Alternativen gibt. Und diese werden dann auch genutzt. So werden neben Bus, Fahrrad und Bahn auch immer mehr Fahrgemeinschaften gebildet. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es Bereiche gibt, in denen z.B. die ÖPNV-Anbindung schlecht ist oder mit erheblichem zeitlichem Mehraufwand bei der An-/Abreise verbunden ist. Auch gibt es Bereiche wie die Polizei, in denen die ungünstigen Dienstzeiten die Nutzung von Alternativen oftmals ausschließen. Auch verfügen einige Dienststellen bereits heute schon über zu wenig Parkraum, was viele Kolleginnen und Kollegen täglich zu spüren bekommen und sie zu Alternativen zwingt.

Aus unserer Sicht stellt die Möglichkeit des Homeoffice, was in vielen Bereichen der Landesverwaltung bereits gut angenommen wird, eine Möglichkeit dar, im Sinne des Klimaschutzes mehr zu erreichen. Auch ein Ausbau des mobilen Arbeitens wäre hier sicher eine gute Option.

Wir sind nun auf die konkreten Konzepte der Landesregierung gespannt, die sie mit uns besprechen möchte. **Zuckerbrot ja, Peitsche nein!**